

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 49.

Leipzig, den 5. Dezember.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Rgr.; einzelne Nummern 1 Rgr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grelmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika u. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

## An unsere Parteigenossen.

Von jetzt an erscheint das „Demokratische Wochenblatt“ zugleich als Organ des Verbands deutscher Arbeitervereine, da laut Beschluß des Vororts des Verbands das bisherige Organ desselben, die „Deutsche Arbeiterhalle“ zu erscheinen aufhört. Das „Demokratische Wochenblatt“ wird in dieser neuen Eigenschaft alle offiziellen Anzeigen und Bekanntmachungen des Vororts, sowie Berichte und Mittheilungen aus den deutschen Arbeitervereinen enthalten und dadurch in erhöhtem Maße in den Stand gesetzt sein, ein möglichst vollständiges Bild der Parteithätigkeit auf politischem und sozialem Gebiete zu geben. Um eine diesem erweiterten Wirkungskreis entsprechende Erweiterung des Blattes vornehmen zu können, richten wir an alle Parteigenossen die Bitte, für die Verbreitung des „Demokratischen Wochenblattes“ auf das Nachdrücklichste zu wirken. Nur durch eine thatkräftige Unterstützung aller unserer Freunde und Gesinnungsgenossen werden wir in der Lage sein, die Ansprüche, welche an ein Organ der deutschen Volks- und Arbeiterpartei gestellt werden können und müssen, zu befriedigen. Thue also Jeder seine Schuldigkeit!

**Der Ausschuss der deutschen Volkspartei  
in Sachsen.**

**Der Vorort des Verbands deutscher  
Arbeitervereine.**

Inhalt: Politische Uebersicht. — Selbsthilfe und Staatshilfe. — Unerbört. — Aus England. — Vororts- und Arbeitervereins-Angelegenheiten. — Beilage: Ein Republikaner über die Arbeiterfrage. — Internationale Arbeiter-Assoziation.

## Politische Uebersicht.

Bismarck der Kleine hat den Laufpaß erhalten: Herr Bratiano, des Hohenzollern-Knaben Karl tollpatschiger Minister, der das eilfte Gebot nicht beobachtete und sich mit 25 oder gar 50,000 preussischen Zündnadelgewehren erwischen ließ, mußte dem Zorn des Herrn von Beust zum Opfer gebracht werden.

Bismarck der — Andere weißt noch in Varzin, und: kommt er? oder kommt er nicht? ist noch immer die große Tagesfrage des norddeutschen Kannegießerthums. Vor etwa 14 Tagen versicherte Herr von der Heydt im Abgeordnetenhaus, der Herr Bundeskanzler werde demnächst in alter Geistes- und Körper-Gesundheit nach Berlin zurückkehren, und es rief diese frohe Botschaft unbeschreiblichen Jubel hervor unter den Anbetern des Blut- und Eisen-Heiligen. Wenn der „Schöpfer“ sich wieder erholt, muß es doch auch die „Schöpfung“. Auf den 30. November war der Bundesrath zusammengeladen. Kein Zweifel, der „geniale Staatsmann“ wird in der ersten Sitzung den Vorsitz führen und durch sein imponirendes (in die klassische Kurastrikeruniform eingeknopft und eingeschnalltes)

Wesen den durch die lange Abwesenheit der Krone frech gewordenen kleinfaatlichen Mäuslein ihren Standpunkt klar machen. Der 30. November kam — der Bundeskanzler nicht; dagegen statt seiner in der amtlichen „Provinzialkorrespondenz“ die Notiz, er werde erst anfangs Dezember („nach bisheriger Bestimmung am 2. Dezember“) zurückkehren. Ob die, eigenthümlicher Weise in einer Klammer mitgetheilte „bisherige Bestimmung“ eingehalten wird, bleibt abzuwarten, und erinnern wir bei dieser Gelegenheit an die sinnreiche Kriegslist der alten Spanier, die ihren gewaltigen Kampfheld Eid\*), als er gestorben war, auf sein Schlachttroß Babieca banden, so daß die Mauren den Tod des Gefürchteten nicht merkten und vor dem Leichnam die Flucht ergriffen.

Der Kronprinz von Preußen nebst seiner Gemahlin befindet sich gegenwärtig in England, während der Kronprinz von England nebst Gemahlin in Frankreich zu Besuch ist. Aus diesem Zusammentreffen kronprinzlicher Reisen ist das Gerücht entstanden, auf preussischen Wunsch habe die englische Regierung sich zur Rolle des Friedensstifters zwischen Frankreich und Preußen entschlossen. Kann sein. Daß Preußen den Frieden zu wünschen Ursache hat, ist gewiß, und nicht minder gewiß, daß England an der Erhaltung des Friedens auf dem Continent interessiert ist. Aber was soll die englische

\*) Der sich beiläufig in neuerdings aufgefundenen Urkunden als ein höchst unromantischer Realpolitiker und Soldknecht (zwei Eigenschaften, die nicht selten zusammengehen) entpuppt hat.

Vermittlung nutzen? Die drohende Lage Europas hat nicht in den Absichten einzelner Regierungen ihren Ursprung, sondern in dem Mißverhältnis der politischen Formen und Regierungssysteme zu den Bestrebungen und Bedürfnissen der Völker. Es giebt demgemäß nur Ein Mittel, die Kriegsgefahr abzuwenden, und das ist: die Aufhebung dieses Mißverhältnisses — vor Allem die Herstellung des demokratischen Volksstaats in Deutschland und Frankreich. Gerade die Furcht vor dem Volksstaat ist es aber, was den französischen Kaiser zu einer kriegerischen Politik hindrängt, und die preußische Regierung an einer nationalen und freisinnigen Politik hindert, die Deutschland so stark machen würde, daß es in dem französischen Kaiser keine Angriffspläne aufkommen ließe. Um erfolgreich zu sein, müßte die angebliche „Vermittlung“ das zweite Kaiserreich und den Norddeutschen Bund einfach abschaffen; und eine solche Vermittlung wäre der europäische Krieg, den sie verhindern soll. Oder glaubt man, die französischen und preußischen Gewaltthäter würden um des lieben Friedens willen einen politischen Selbstmord begehen? Also weg mit diesen Kindereien.

Trotz der glatten Sprache des österreichischen Rothbuchs trotz der nicht bestrittenen Thatsache, daß Herr von Beust auf Wunsch der preußischen Regierung Manches dieselbe bloßstellende aus der Sammlung weggelassen hat, findet sich doch in dem Veröffentlichten gar viel, was in Berlin übel vermerkt werden muß, und den Beweis liefert, daß Oesterreich aus der Defensiv (Verteidigung) in die Offensiv (Angriff) überzugehen beginnt. Mit großem Nachdruck wird hervorgehoben, daß der Prager Friede, um für Oesterreich bindend zu sein, auch von Preußen beobachtet werden müsse, das ihn bekanntlich längst gebrochen hat; daß Oesterreich mit den deutschen Südstaaten auf freundschaftlichem Fuße zu stehen wünsche, und daß für alle Gefahren, die aus dem längeren Offenbleiben der Nordschleswig'schen Frage erwachsen könnten, Preußen allein die Verantwortlichkeit zu tragen habe. Namentlich die letzte verdeckte Drohung hat die offizielle und offiziöse preußische Welt in Harnisch gebracht, und die „Kreuzzeitung“ zu dem unklugen Wort verleitet, wenn die Nordschleswig'sche Frage zu einem Krieg führen sollte, würde ganz Deutschland auf Seiten Preußens stehen, das die nationalen Interessen vertritt. Die „Kreuzzeitung“ zeige uns, daß Preußen die nationalen Interessen vertritt, und dann wollen wir weiter mit ihr reden. Am wenigsten schonend für Preußen ist der Rumänien betreffende Theil des Rothbuchs ausgearbeitet. Nach einer Depesche hat Herr Bratiano zugestanden, daß der König von Preußen, in eigner Person die Erlaubniß des Czaren für den Transport der preußischen Zündnadelgewehre durch russisches Gebiet eingeholt habe. Dieses kompromittirende aus der Schule Schwaben bewog die preußische Regierung, Bratiano's Rücktritt zu fordern — ein Verlangen, dem auch, wie schon angedeutet, sofort willfahrt wurde. Erwähnt sei hier noch, daß die Bismarck'sche „Norddeutsche“ Feuer und Flammen gegen das „treulose“ Oesterreich speit, und die Ungarn mit Zärtlichkeiten überhäuft, für welche sich diese jedoch in ihren Zeitungen unhöflich bedanken. 1866 läßt sich nicht zum zweiten Mal spielen. Das merke sich das Großpreußenhum!

Das preußische Abgeordnetenhaus war am Dienstag der Schluß einer „parlamentarischen“ Szene. Die Majorität, welche Kameele verschluckt aber an Rücken Anstoß nimmt, sträubte sich gegen einen Ausgabeposten von 1000 Thlr. für Stellvertretung von Obertribunalräthen, der den berückichtigten Obertribunalbeschlüssen (gegen die Redefreiheit der Abgeordneten) mit beleidigender Schroffheit ins Gedächtniß rief. Justizminister Leonhardt, der einst die kühnsten nationalliberalen

Hoffnungen erweckte, ward böse und erklärte in einer beispiellos herausfordernden Rede, das Ministerium werde einen feindlichen Beschluß des Hauses einfach nicht beachten. Dies beschwor eine wahrhaft tragikomische „Aufregung“ hervor; der kleine Kaiser beantragte eine Pause, damit die „Aufgeregten“ sich erholen könnten, wurde aber von Jacoby abgefertigt, der trocken meinte: „Wir haben heute nur auszusprechen hören, was wir seit Jahren erleben.“ Die Pause wurde verworfen, und ebenso der Ausgabeposten von 1000 Thlr. (mit 191 gegen 160 Stimmen). Die Antwort auf diesen parlamentarischen Spaß hat Leonhardt im Voraus gegeben.

Die Confiskations-Kommission in Berlin (die mit Ausnahme Bismarck's einstimmig für die Regierungsvorlage ist!) will dem Ministerium nur 400,000 Thlr. für Stieber und Freunde bewilligen. Der „Norddeutschen“ dünkt das nicht genug, und sie entdeckt deshalb flugs, daß die „Wohlfahrt“ sich nun auch der Polenfrage bemächtigt hat; und es muß doch jedem preußischen Patrioten einleuchten, daß die vereinigte Welfen- und Polenlegion nicht mit lumpigen 400,000 Thlr. erfolgreich zu bekämpfen ist. Im Vorbeigehen bemerkt: wenn Herr von der Heydt jüngst meinte, die Gesamteinkünfte des dem König von Hannover und dem Kurfürsten von Hessen genommenen Vermögens reichten gerade zur Bestreitung der Ausgaben hin, welche durch die „Agitation“ der genannten Fürsten nothwendig gemacht würden, so hätte er diesen Satz in verschärfter Form auf die Annexion überhaupt ausdehnen und sagen können: die annektirten Länder kosten uns mehr an Geld und an Macht, als sie einbringen.

Eine der sehr wenigen an den norddeutschen Bund sich knüpfenden Illusionen, welche das erste Jahr überdauert haben, lag in dem Glauben, die norddeutsche Bundespost könne keine Zeitung den Postdebit entziehen. Auch diese Illusion ist nun wie eine Seifenblase zerplatzt. Der in Hamburg erscheinende „Freischütz“ wurde im Lauf des Sommers in Mecklenburg verboten, und der (Bundes-) Oberpostdirektor ertheilte der Redaktion des Blattes den Bescheid, daß in Folge des Bundespostgesetzes die Post zwar die Exemplare des „Freischütz“ annehmen müsse, aber in Folge des Verbots, das die mecklenburgische Regierung gegen das genannte Blatt erlassen, die Exemplare nicht an die Abonnenten ausliefern dürfe. Die Redaktion wandte sich darauf an den Bundeskanzler und erhielt nachstehende vom 19. November datirte Antwort:

„Der Redaktion des „Freischütz“ erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 10. v. M., betreffend die Debitirung des „Freischütz“ durch die Postanstalten innerhalb des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin, unter Rücksendung der Anlage desselben, ergebenst, daß ich die, in dem Bescheide des Ober-Postdirektors von Schwerin vom 19. August d. J. angezogene Entscheidung des Bundes-General-Postamtes aus den darin angeführten Gründen für zutreffend erachte. Der Kanzler des Norddeutschen Bundes. In Vertretung: Delbrück.“

Man sieht, in Preußen verstehen sich nicht bloß die Richter aufs „Interpretiren“ (Auslegen). Also bis zum Ort ihrer Bestimmung müssen die Zeitungen nach dem Bundesgesetz befördert werden, aber nicht weiter. Es erinnert dies lebhaft an das berühmte „jusqu'à la mer“ — bis an's Meer — das uns 1815 den Rhein bis an's Meer öffnete und uns das Meer durch die Holländer verschließen ließ. Nach dem bundeskanzlerischen Bescheid steht es um den Zeitungspostdebit im Wesentlichen genau so, wie früher und hat es sich auch hier wieder gezeigt, daß die schlechten „Eigenthümlichkeiten“ des „verrotteten“ alten Bundes gewissenhaft in den „Norddeutschen Bund“ mit hinübergenommen

worden sind. Wenn ein demokratisches Blatt den Redakteur des „Freischütz“ auffordert, eine Beschwerde an den Berliner Reichstag zu richten, so betrachten wir das natürlich nur als einen Scherz.

Während die österreichischen „Delegationen“ in Pest ihre Geschäftsordnung im Sinne der Regierung erledigen, und Herr v. Beust sich aufs Eifrigste bemüht, einen Ausgleich mit den Czaren und Polen anzubahnen, verharret das „Bürgerministerium“ in seiner reaktionären Politik gegenüber der Arbeiterbewegung. Das neueste Stückchen ist die Auflösung des „sozialdemokratischen Komiteés“, unter dem Vorwand, daß es als politischer Verein zu betrachten und nicht vorschrittmäßig angemeldet sei! Es ist dies eine thörichte Mergel, welche die Bewegung nicht schwächen und die Arbeiter nur gegen die jetzige Ordnung der Dinge, der sie aufrichtig zugestanden waren, erbittern wird.

Aus Spanien gute Nachrichten. Großartige republikanische Demonstrationen in den wichtigsten Städten des Landes setzen es außer Zweifel, daß die Städtebewohner der Mehrzahl nach republikanisch gesinnt sind. Ueber die Stimmung der Landbevölkerung verlautet nichts, sie kann jedoch keine schlechte sein, sonst hätten wir von reaktionären Kundgebungen gehört. Den Republikanern kommt die Rathlosigkeit der provisorischen Regierung trefflich zu Statten. Prim hätte längst einen Staatsstreich versucht, allein die andern Generale gönnen ihm den Besitz der Gewalt nicht und wirken ihm systematisch entgegen; die „liberalen“ Waschweiber aber sind mit Phrasendreschelei und der Jagd nach Thronkandidaten vollauf beschäftigt, so daß sie keine Zeit zum Handeln haben. In ihrer Verlegenheit hat die Regierung die Wahlen nochmals um vierzehn Tage — bis Mitte Dezember — verschoben und damit den Republikanern einen nicht hoch genug anzuschlagenden Dienst geleistet. Zeit gewonnen, Alles gewonnen, sagt ein deutsches Sprichwort. Hoffentlich werden die Spanier sagen können: Zeit gewonnen, die Republik gewonnen!

Die Carlisten, die Anhänger der absoluten Monarchie, denen Isabella noch zu liberal war, haben von Paris aus, wo sie eine Fabrikation an Orden und Papiergeld angelegt haben, eine Proklamation an das spanische Volk erlassen, in der es heißt: „Die Wahlfrage faßt sich in zwei Worten zusammen: Royalisten oder Republikaner!“ Das ist richtig. Entweder Gottesgnadenthum (denn das meinen die Carlisten) oder Republik. Ein drittes giebt es nicht für Spanien.

In Frankreich dauert der „Prozeß gegen den zweiten Dezember“ fort. Die Regierung stürmt blind gegen die öffentliche Meinung an und hat in diesen Tagen erleben müssen, daß mehrere ihrer eigenen wohlbestallten und wohlbezahlten Richter demokratische Blätter freigesprochen und folglich das Kaiserreich verurtheilt haben — ein Wunder, das bei den preussischen Richtern, namentlich den „Richtern in Berlin“, sicherlich „allgemeines Schütteln des Kopfes“ hervorrufen wird.

Mazzini, der große italienische Patriot, war im November schwer krank und wurde sogar schon todt gesagt. Nach Briefen seiner Freunde befindet er sich aber jetzt auf dem Wege der Besserung, und darf seine vollständige Genesung erhoffen werden. Wahrlich, Italien kann ihn noch nicht entbehren!

Der Papst hat sich soeben wieder als „Stellvertreter Christi“ betheätigt, indem er zwei wegen eines politischen Verbrechens (In die Luft Sprengung einer Kaserne) zum Tode verurtheilte Freischärler unbarmherzig hinrichten ließ. Wer mit dem Schwert tödtet, wird durch das Schwert untergehen.

Die neuesten Berichte aus England stellen es als unwahrscheinlich hin, daß Gladstone an die Spitze des neuen

Ministeriums treten werde. Gladstone ist seiner bürgerlichen Abkunft wegen bei Hof keine sehr gern gesehene Persönlichkeit, und man glaubt allgemein, nach Annahme des mit Sicherheit zu erwartenden Mißtrauensvotums gegen das Torykabinet werde die Königin sich entweder an Lord Granville, oder an Lord Clarendon wenden, beides Männer, die nicht werth sind, Gladstone die Schuhriemen zu lösen, aber — den Lordstitel haben. Inzwischen schöpfen die Tories Trost in dem Gedanken, daß ihre Gegner, obgleich unzweifelhaft in der Majorität, doch unter sich uneinig seien, und aus zu verschiedenen Elementen beständen, um eine feste Regierung bilden zu können. Und hierin haben sie nicht ganz unrecht. Auch im vorigen Unterhaus hatten die Tories die Majorität gegen sich und behaupteten sich nur, weil diese Majorität selbst wieder in Minoritäten zerfiel. Im neugewählten Unterhaus ist die „liberale“ Majorität allerdings stärker — um ungefähr 50, in allem beläuft sie sich auf 110—118 bei einer Gesamtzahl von 656 — doch sie ist eben so wenig gleichartig, und ein geschickter Parteiführer wie Disraeli wird leicht Gelegenheit finden, dieselbe zu spalten. Eine feste parlamentarische Majoritäts-Regierung wird überhaupt erst dann in England möglich sein, wenn die alten schon seit 30 Jahren verfolgten Forderungen der „Chartisten“ durchgesetzt sind, und eine wirkliche Volkvertretung (mit allgemeinem Wahlrecht, gleichen Wahlbezirken und geheimer Abstimmung) die jetzige Klassenvertretung beseitigt hat.

Am 26. November hatte hier unter dem Vorsitz Babels eine Versammlung von Delegirten aller Leipziger Gewerke statt, welche nach längerer Debatte nachstehende von Liebknecht beantragte Resolution einstimmig annahm:

„Die Versammlung beschließt: die von der Majorität des Nürnberger Arbeitertags und der Majorität des Berliner Arbeiterkongresses gegründeten resp. zu gründenden Gewerks-Genossenschaften haben darauf hinzuwirken:

- 1) daß von beiden Seiten nach gegenseitiger Verabredung eine gemeinschaftliche Generalversammlung zum Behuf der Einigung und Verschmelzung berufen werde;
- 2) daß, bis eine Einigung und Verschmelzung zu Stande kommt, die beiderseitigen Gewerks-Genossenschaften in ein Vertragsverhältniß zu einander treten, sich namentlich mit ihren Klassen gegenseitig unterstützen und wo möglich einen gemeinsamen provisorischen Ausschuss wählen;
- 3) daß beide Theile unter allen Umständen jede Gemeinschaft mit den Hirsch-Dunker'schen Gewerks-Genossenschaften zurückweisen, die, von Feinden der Arbeiter gestiftet, keinen anderen Zweck haben, als die Organisation der Arbeiter zu hintertreiben und die Arbeiter zu Werkzeugen der Bourgeoisie herabzumwürdigen.“

Der Zweck dieser Resolution ist klar: Ermöglichung eines Zusammengehens aller Arbeiter, welche die Fesseln des Kapitals zerbrechen wollen. Auf dem Berliner Arbeiterkongreß wurde die Gründung von Gewerks-Genossenschaften mit diktatorischer Spitze beschlossen. Die Majorität des Nürnberger Arbeitertags will Gewerks-Genossenschaften mit gleichem Ziel, aber sie weist aus prinzipiellen Gründen die diktatorische Spitze zurück, und kann deshalb nicht in die nach dem Berliner Statut zu stiftenden Genossenschaften eintreten. Der einzige Weg, eine Zerspaltung zu vermeiden, ist, was obige Resolution verlangt: daß beide Theile die Entscheidung der „Spitzenfrage“ einer gemeinsamen Generalversammlung anheimstellen und bis zu erfolgter Entscheidung in ein Vertragsverhältniß zu einander treten, wie dies bei den englischen Trades' Unions vielfach der Fall ist.

Diesen einzigen Weg hat nun Hr. v. Schweiger, der diktatorische Präsident der nach dem Berliner Statut zu stiftenden Gewerks-Genossenschaften, einstweilen versperrt. Statt die dargebotene Hand anzunehmen, fordert er („Sozialdemokrat“ 141) seine Anhänger auf, jedem Versuch, Gewerks-Genossenschaften auf Grund des vom Vorort deutscher Arbeitervereine veröffentlichten Statuts zu gründen, entgegenzuarbeiten, und liefert damit den unumstößlichen Beweis, daß ihm an der „Diktatur“ sehr viel, und an den Gewerks-Genossenschaften sehr wenig gelegen ist.

Was uns anbelangt, so werden wir unbeirrt an dem betretenen Pfad fortschreiten, und uns jedes Störenfrieds zu erwehren wissen. Und unseren Freunden rufen wir zu: An's Werk!

In Kassel ist ein Volksverein für Kurhessen gegründet worden. — Aus der bayrischen Pfalz schreibt man uns unterm 30. November: „Gestern traten zu Haardt, bei Neustadt, eine Anzahl Männer zusammen, um die Volkspartei zu organisiren. Man einigte sich über ein Programm, welches jedem einzelnen Volksstamm das Selbstbestimmungsrecht sichert, und beschloß mit der Bildung von Volksvereinen vorzugehen. Man wählte einen leitenden Ausschuß, bestehend aus: H. H. H., R. G. H., A. W. A., Ph. R. H., Ph. S. H. und A. K. R. von Kaiserlautern; Lehmann von Neustadt; Scheu von Stendenbühl; Feist von Müßbach und Pletten von Speier.“

## Selbsthilfe und Staatshilfe.

### II.

Es bleibt uns noch ein letztes Mittel der sogenannten Selbsthilfe, das der Cooperativ- oder Produktivgenossenschaften zu betrachten übrig. Der Gedanke durch derartige Genossenschaften die Arbeiter zu Produzenten auf eigne Rechnung und Gefahr zu machen, ging von England aus und erzeugte den Wechselbalg, welchen die englische Bourgeoisie der kommunistischen Idee des Robert Owen untersob. Dieser Wechselbalg ist am bekanntesten unter dem Namen „Pioniere von Rochdale.“ Ursprünglich ein Consumverein, welchen die dortigen Arbeiter von ihren Ersparnissen gegründet hatten, entwickelte sich derselbe durch die Begünstigung der Bourgeoisie allmählig zu einer Produktiv-Association im großen Maßstabe. Die Bourgeoisie bezweckte durch die „Pioniere von Rochdale“ den Arbeitern den Beweis zu liefern, daß sie durch ihre eigenen Anstrengungen in die Reihen der Kapitalpartei eintreten könnten. Natürlich hütete sie sich in den Noclamen, die sie unermüdlich in der Presse für ihre Musterknaben von Rochdale machte, ein Wort von den Unterstützungen einfließen zu lassen, durch welche diese Association ihren Aufschwung genommen hatte. So ist es ihr denn auch gelungen, manchem Simpel die Augen zu verblenden.

Mit welcher Macht der Gedanken Robert Owen's, durch Cooperativ-Arbeit der Gewalt des Kapitals einen Damm entgegen zu bauen, schon viele Jahre bevor sich die „Pioniere von Rochdale“ aufgethan hatten und Herr Schulze aus Delitzsch eine Ahnung davon hatte, daß er zum socialen Apostel berufen sei, in die Arbeiterklasse auch auf dem Festlande eingedrungen war, davon zeugen die Bestrebungen der französischen Arbeiter in den Jahren 1848 und 49. Auch in Deutschland fehlte es nicht an derartigen Versuchen der Arbeiter in kleinerem Maßstabe. So wurden 1849 in Königsberg drei Associationen: der Tischler, Schuhmacher und der Schneider gegründet. Sie scheiterten, wie die großartigeren Pläne in Frankreich, wo es sich um die Organisation ganzer Gesamt-

zweige der Produktion handelte, an der Feindseligkeit der Bourgeoisie, der Regierung und dem Mangel an Kapital.

Als Herr Schulze aus Delitzsch durch die schonungselbige Kritik seiner Gegner aus seiner gemüthlichen Thätigkeit als Wohlthäter der Arbeiter jäh aufgeschreckt wurde, griff er nach den „Pionieren von Rochdale,“ um der nun auch in Deutschland laut werdenden Forderung von Staatshilfe gegenüber den Beweis zu führen, daß es einer solchen zur Errichtung von Cooperativ- oder Produktiv-Genossenschaften gar nicht bedürfe. „Selbsthilfe! Selbsthilfe, die thut's, meine Herren.“ Am 21. Juni 1863 konnte er dann auch dem Berliner Arbeiterverein triumphirend verkünden, daß er von seinen Freunden, den Fabrikanten, Bankiers u. s. w. ganze 100,000 Thlr. zur Gründung von Cooperativgenossenschaften aufgetrieben habe. Daß es nur 100,000 Thlr. waren, die übrigens bald genug ebenso erfolglos verputzt waren, wie die Summen, welche die preussische Regierung etwa um dieselbe Zeit einer Gesellschaft schlesischer Weber überantwortete, liefert den Beweis, daß die Kapitalpartei die Furcht vor dem Bösen, der in der Idee der Cooperativgenossenschaft steckt, nicht los wird, selbst wenn er in der harmlosen Gestalt der Musterknaben von Rochdale seine Aufwartung macht.

Große Männer sind über Kleinlichkeiten erhaben, und so darf es uns denn nicht wundern, daß der Apostel der Selbsthilfe bei seiner Freundin der Bourgeoisie betteln geht, um die Unfehlbarkeit seines Systems zu beweisen und die Arbeiter zu Fabrikanten zu machen.

Damit wären die Produktivgenossenschaften vom Standpunkt der Selbsthilfe aus durch deren eigenen Erfinder selbst verurtheilt. Aber auch abgesehen von dem glänzenden Widerspruch, in welchem Herr Schulze mit seiner Lehre gerathen: wie sollen denn die Arbeiter aus eigenen Mitteln das zu der Cooperativ-Genossenschaften erforderliche Kapital aufbringen? Oder glaubt man, daß die Arbeiter aus reinem Eigennutze sich nicht in Produzenten für eigne Rechnung verwandeln wollen? Die vereinzeltten Versuche, die gegenwärtig gemacht werden, sind ein Kampf auf Leben und Tod, der mit dem Untergang der Associationen enden muß, wenn ihnen nicht besondere, außerhalb jeder Berechnung liegende Glücksfälle zu Hilfe kommen. Es ist der Kampf des Groschens gegen den Thaler, und dazu kommt, daß diese Associationen ihren Mitgliedern höhere Löhne zahlen müssen, als die Bourgeois ihren Arbeitern zahlen. Aber selbst angenommen, daß sie den Kampf siegreich überleben; angenommen, daß sich die Zahl der bestehenden Cooperativ-Genossenschaften verhundertfache, so ist doch deutlich, daß dadurch nur denjenigen Arbeitern geholfen wird, welche so glücklich waren, das nöthige Betriebskapital in irgend einer Weise aufzutreiben.

Es wird also durch die Cooperativ-Genossenschaft im günstigsten Falle nur einem kleinen Theile der Arbeiterklasse geholfen, und von einer Lösung der socialen Frage ist nicht die Rede. Ja, die Lösung wird durch sie vielleicht noch erschwert, indem sie, gezwungen in das gegenwärtige Wirtschaftsverhältniß und die bedenkliche Produktionsmethode der Bourgeoisie einzutreten, nur dazu beitragen das rasche Anschwellen des Kapitals noch zu befördern. Man kann daher nur den folgenden Satz unterschreiben, den Karl Marx in der von ihm entworfenen Einführungsadresse der Internationalen Arbeiter-Association ausspricht:

„Die Erfahrungen der Periode von 1848 bis 1864 haben über allen Zweifel festgestellt, daß Cooperativarbeit, wie ausgezeichnet im Prinzip und wie nützlich in der Praxis sie auch immer sein möge, so lange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt bleibt, nicht

mals im Stande sein wird, das Wachsthum des Monopols in geometrischer Progression aufzuhalten, die Massen zu befreien, oder auch nur die Wucht ihres Elendes merklich zu erleichtern. Vielleicht haben gerade aus diesem Grunde Aristokraten von anscheinend edler Denkart, menschenfreundliche Schönredner der Bourgeoisie und selbst geschäftskluger Nationalökonomien ganz urplötzlich mit widerlichen Komplimenten dem Cooperativarbeit-System gehuldigt, welches sie vergebens im Keim zu ersticken gesucht, welches sie als das Utopien des Träumers verhöhnt, oder als Berruchtheit der Socialisten gebrandmarkt hatten. Um die gewerthätigen Massen zu retten, müßte die Cooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt und folgerichtig durch Staatsmittel gefördert werden."

Darauf kommt es also an, nicht daß einzelne Genossenschaften von Arbeitern mit den Bourgeois-Fabrikanten in Konkurrenz treten, sondern daß das Kapital der Arbeiterklasse, d. h. den Produzenten selbst dienstbar gemacht werde und dies kann nur dadurch geschehen, indem sämtliche Arbeiter je nach ihrem Gewerbe in Cooperativ- oder Produktiv-Genossenschaften sich vereinigen. Auf dem Festlande haben dies die französischen Arbeiter auch gleich eingeschaut und, die Unmöglichkeit erkennend, aus eigener Kraft — durch die „Selbsthilfe“ des Hrn. Schulze — die Mittel zur Genossenschaftsproduktion aufzubringen, haben sie sich in den Jahren 1848 und 49 in einzelne Handwerks-genossenschaft zusammengeschlossen und von dem Staate das erforderliche Betriebskapital verlangt. Es wurde ihnen verweigert.

Der Knotenpunkt der socialen Frage ist das bekannte Lohngesetz, welches beiläufig von den Bourgeois-Ökonomen selbst zuerst erkannt und ausgesprochen wurde. Die Pioniere von Rochdale haben den Beweis geliefert, daß jener Knoten aufgelöst werden kann, indem der Arbeiter durch die Cooperativ-Genossenschaft zugleich Arbeitgeber und Unternehmer wird und dadurch der ganze Gewinn der Arbeit in seine statt in die Tasche derjenigen fließt, die ihn sonst ausbeuten. Es kommt daher nur noch darauf an, das bewährte Prinzip auf die gesammte Arbeiterklasse anzuwenden. Die vielgepriesene Selbsthilfe ist dazu unfähig. Nithin muß der Staat hier mit seiner Hilfe eintreten. Wir sagen: er muß, weil er dazu verpflichtet ist. Es ist kein Almosen, keine Gnade, was die Arbeiter vom Staate heischen; sie fordern nur ihr Recht.

### Unerhört.

In Werdau besteht seit längerer Zeit ein Consumverein, der recht erfreulich gedeiht und deshalb den Herren Kaufleuten ein Dorn in den Augen ist. Wir wissen nicht, ob es diesem oder einem andern Umstand zu danken ist, daß der hochweise Rath der Stadt Werdau plötzlich seine Aufmerksamkeit in besonderem Maße dem jungen Verein zuwandte und ihn seine väterliche Hand spüren ließ. Der genannte Verein erhielt nämlich kürzlich ein stadträthliches Dekret zugestellt, wonach derselbe außer der Klassen- und Gewerbesteuer auch noch eine Armensteuer von 25 Thlr. schreibe: fünf und zwanzig Thaler bei Vermeidung der Exekution bezahlen soll, eine Summe wie sie kein Materialwaarengeschäft in ganz Werdau zu bezahlen hat. Als der Vorstand zum Bürgermeister kam und um Auskunft bat, auf Grund welchen Gesetzes und Rechtstitels dem Verein, der aus lauter Arbeitern und obendrein vielen recht armen Arbeitern besteht, eine solch exorbitante Steuer summe auferlegt würde, da suchte das stadträthliche Oberhaupt die Achseln und rieth dem Frager eine Beschwerdeschrift bei dem Stadtrath einzureichen.

Wir haben mit dieser Beschwerdeschrift vorläufig nichts zu thun. Wir fragen aber: wie kann der Stadtrath zu Werdau die Stirn haben, einen Verein armer niedergedrückter Arbeiter, die sich ehrlich bestreben, ihre jämmerliche materielle Lage in Etwas zu verbessern, in so unerhörter Weise zu besteuern?! Sind andere Geschäfte in ähnlicher Weise belastet? oder glaubt man diesen Verein, weil er aus Arbeitern besteht und, ohne sich bevormunden zu lassen, seine eignen Wege geht, so schmähslich behandeln zu müssen? Würden in ähnlichem Verhältnisse sämtliche Geschäftsleute, die Herren Kaufleute und Fabrikanten natürlich in erster Linie, mit Armensteuern bedacht, es müßte in Werdau alljährlich eine Summe an Armensteuern zusammenkommen, mit der man sämtliche Arme sehr anständig unterhalten und den Pauperismus mit Stumpf und Stiel ausrotten könnte. Nach unserer Kenntniß Werdauer Zustände ist das aber nicht der Fall, und die Armen sind dort so zahlreich, wie in anderen Industriebezirken; und hienach ist es wohl zweifellos, daß der Stadtrath zu Werdau die Armensteuer, ohne Einkommen und Vermögen — wie es gerecht wäre — in Anschlag zu bringen, nach Willkür abschägt; sonst könnte dem Consumverein eine solche Steuer unmöglich aufgelegt werden.

Wie in aller Welt kommt der Stadtrath zu Werdau dazu, einen Verein so zu belassen, der das Prinzip der „Selbsthilfe“ vertritt, d. h. dasselbe Prinzip, das der Stadtrath ganz bestimmt durch den Mund seiner so und so viel Mitglieder predigen ließe, wenn er ein Votum für Lösung der sozialen Frage abgeben sollte? Und dennoch ist er der Erste, der bei diesem Prinzip, wo es praktisch angewandt werden soll, die Rolle des Todtengräbers übernimmt? Eine schöne Gesellschaft, diese „liberalen“ Kaufleute und Advokaten. Verlangen die Arbeiter nach Staatshilfe, dann schreit man ihnen entgegen, das ist Unsinn, Utopie; Selbsthilfe allein kann Euch helfen. Und suchen die Arbeiter sich selbst zu helfen, dann legt man ihnen Hindernisse in den Weg und sucht ihr Vorhaben zu ruiniren. Die Arbeiter Werdaus haben ihren Consumverein gegründet, um nach ihrer Meinung möglichst wenig der Stadt zur Last zu fallen und, statt daß die Behörde dieses Vorhaben freudig unterstützt, sucht sie es nach Kräften zu schädigen.

Wir hoffen, die Werdauer Arbeiter werden den Weg bis zum Ministerium finden und dort ihre Beschwerde anbringen, denn unsres Wissens gibt es kein Gesetz, wonach man Arbeiter-genossenschaften zur Besteuerung heranziehen kann. Ist man auch in Dresden harthörig, dann bringe man die Beschwerde vor den nächsten Landtag, damit die Frage ein für alle Mal entschieden wird. Die Consumvereine an andern Orten haben sich schon über ähnliche Härten in der Besteuerung zu beklagen gehabt.

### Aus England.

London, den 30. November.

Das Siegesgeschrei der Liberalen hat sich gemäßiget. Sie haben die Wahlschlacht gewonnen, aber ihr Hauptmann Gladstone ist durchgefallen und hat es nur einem Zufalle zu danken, daß er am 10. Dezember (dem Versammlungstage des neuen Parlaments) im Unterhause erscheinen kann. („Lancashire“), die Göttin des bürgerlichen Liberalismus und Radikalismus, hat ihren Verehrern den Rücken gekehrt und Tories ins Parlament gewählt. Ich muß hier bemerken, daß unsre so-

\* Der Hauptstich der Baumwollenindustrie.

genannten Volksvertreter aus den Vertretern der Städte und Vertretern des Landes (der Grafschaften) bestehen. In den Städten wählen die Hausmiether (house holders), in den Grafschaften die Landeigentümer und Pächter. Die Grafschaften waren daher stets der Hauptsitz des Konservatismus. Hier und da, wo eine großstädtische Bevölkerung überwog, wie in der Umgebung von London, oder in den Fabrikdistrikten, wurden gewöhnlich Liberale gewählt. Als Gladstone vor drei Jahren in der (noch ganz mittelalterlich eingerichteten und von mittelalterlichem Geiste durchwehten) Oxford-Universität durchgefallen war, luden ihn die Wähler von Süd-Lancashire ein, als Kandidat für ihre Abtheilung der Grafschaft aufzutreten, und er wurde auch gewählt unter dem allgemeinen Beifall der Liberalen. Die Reform-Bill von 1867 theilte Süd-Lancashire in zwei Abtheilungen, und Gladstone zog vor, in der westlichen als Kandidat aufzutreten, weil sie seine Vaterstadt Liverpool einschließt. Er sagte bei einer Gelegenheit, es sei der größte Stolz eines Engländers, sich rühmen zu können, daß er Parlamentsmitglied für Lancashire sei, das die fortgeschrittensten Geister der Gegenwart unter seine Bewohner zähle. Aber ein Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande — Gladstone fiel durch. Inzwischen hatten die liberalen und radikalen Wähler von Greenwich — einer Londoner Vorstadt — aber dem Unglück vorgebeugt. Wahrscheinlich, weil sie in der Nähe der berühmten Sternwarte wohnen, sahen sie in glücklichem Wetterverständnis das drohende Ungewitter voraus. Während Gladstone Tag und Nacht auf den Beinen war, um die Stimmen von Lancashire durch seine Beredsamkeit zu fesseln, ward er in Greenwich ohne sein Zutun, selbst ohne daß seine Zustimmung eingeholt worden, gewählt. Am 25. November schrieb er folgenden Brief: „Meine Herren, bisher hielt ich es für meine Pflicht, mich jedes Ausdrucks meiner Dankbarkeit für Ihre großmüthige, unbegehrte und unvergleichliche Güte zu enthalten, die mir in diesem wichtigen Moment einen höchst ehrenwerthen Sitz im Parlamente giebt. Gestern Mittag wurde ich gewahr, daß ich im Stande sein würde, von Ihrem Mandat Gebrauch zu machen, und verliere daher keine Zeit, es anzunehmen. Es waren keine Programme oder Versprechungen von meiner Seite, welche mir Ihre Gunst erwarben, und ich werde nicht durch Programme oder Versprechungen, sondern durch mein Handeln im Parlament mich derselben würdig zeigen.“

Die konservative Presse ist über das Ereigniß natürlich sehr erfreut. Der „Standard“ sagt: „Bei der vorigen Wahl war Gladstone in seiner Uebergangsperiode, er hat sich seitdem zum Vollblut-Radikalen entwickelt.“ Der „Morning Herald“ sagt: „Von seiner Universität nach seiner Grafschaft, von seiner Grafschaft nach Greenwich hat Herr Gladstone seine Erniedrigung vollzogen. Durch die Logik der Ereignisse ist er in der Stellung angelangt, die seinem neuesten Charakter am besten zusagt. Von Oxford nach Lancashire war ein großer Schritt, von Lancashire nach Greenwich ist ein Purzelbaum.“

Noch am vorigen Mittwoch hoffte der „Morning Star“, Organ des Herrn Bright, daß nicht ganz Lancashire sich untreu erweisen und wenigstens der östliche Theil der Grafschaft liberal wählen würde. Aber auch diese Hoffnung ward vereitelt, auch hier wurden Tories gewählt.

So unerwartet das Resultat der Wahlen in Lancashire den liberalen Bürgern erscheinen mag, so ist es doch nicht befremdend und leicht zu erklären. Die dortigen Fabrikarbeiter haben nie einen Hehl aus ihrer Abneigung gegen die liberale Bourgeoisie gemacht und viele von ihnen ohne Zweifel bei dieser Wahl gegen die Kandidaten ihrer Arbeitgeber gestimmt.

Die Arbeiter haben das Auftreten der Manchester-Schule \*) gegen die Fabrikgesetze, besonders aber gegen die Zehn-Stunden-Bill, noch nicht vergessen, und sie sind noch heute, wie viele Arbeiter in anderen Gegenden, der Meinung, daß die weitere Ausführung der Fabrikgesetze nur mit Hilfe der Tories gegen die liberale Bourgeoisie durchgesetzt werden könne.

„Reynold's Zeitung“ sagt: „Die Liberalen haben die Gelegenheit verschert, sich mit den Arbeitern zu verbünden. Die Frage, wer der Arbeit im neuen Parlament das Wort reden soll, ist durch die gegenwärtige Wahl eine offene geblieben und die Tories werden in Zukunft keine Banquiers in Manchester und Birmingham als Kandidaten aufstellen. Thron, Altar, Konstitution und Verminderung der Arbeitsstunden ist ein möglicher Wahrspruch der Torypartei für die Zukunft.“

Ueber den Charakter des neuen Parlaments läßt sich die „Times“ also aus: „In Betreff der irischen Kirchenfrage können die Unterhausmitglieder als reine Delegirte (Abgesandte mit einem bestimmten Auftrag) betrachtet werden. Das Parlament ist sicherlich keine Versammlung von Demokraten. Deuten, die eine Umgestaltung des Staats beabsichtigen; die Mitglieder sind nur gewählt worden, um einen besondern Mißbrauch, die irische Staatskirche, aus dem Wege zu räumen.“ Den Grund, warum die Arbeiterklasse nichts durchgesetzt, erblickt die „Times“ darin, daß sie noch nicht die Nothwendigkeit eingesehen habe, ihre politische Macht zu organisiren und zu gebrauchen. Die Erfahrung wird die Arbeiter belehren. (Hoffentlich.)

## Vororts- und Arbeitervereins-Angelegenheiten.

Die von dem unterzeichneten Vorort verfaßten und an sämtliche Arbeitervereine versandten Musterstatuten für deutsche Gewerks-Genossenschaften können von demselben zu dem Preise von 8 Thln. für 1000 Exemplare, 24 Ngr. für 100 Exemplare bezogen werden. Auf Verlangen wird für diesen Preis auch die nähere Bezeichnung (Name) der Gewerks-Genossenschaften beigegeben.

Auf verschiedene Anfragen, betreffend die Höhe der Einschreibgebühren und des wöchentlichen Beitrags für die allgemeinen Zwecke der Gewerks-Genossenschaften (Erlöse der Beiträge für Kranken-, Begräbnißklassen u. s. w.), bemerken wir, daß sich unserer Auffassung nach diese Beiträge nach dem Verdienst (Lohn) bemessen müssen, den das einzelne Gewerk seinen Angehörigen bietet. Es wäre verkehrt, wollte man beispielsweise den Webern, Strumpfwirkern u. mit ihrem kümmerlichen Verdienste einen gleich hohen Beitrag abnehmen wie den Eisenarbeitern, welche letzteren durchschnittlich wohl das Doppelte verdienen wie die ersteren. Während bei Webern und Strumpfwirkern ein Beitrag von wöchentlich  $\frac{1}{2}$  Groschen und eine Einschreibgebühr von  $2\frac{1}{2}$  Groschen die Kräfte vollauf in Anspruch nimmt, werden andere Gewerbe  $\frac{3}{4}$  oder einen ganzen Groschen und das Doppelte der Einschreibgebühren ohne Schwierigkeit leisten können. Uebrigens wird es unmöglich sein, von vorn herein einen ein für alle Mal gültigen Satz festzustellen. Die mehr oder weniger zahlreiche Betheiligung innerhalb eines Gewerks, die Zahl der Unterstützungen u. s. w. haben darauf

\*) Die Bourgeois-Freihändler, so genannt, weil ihre beiden vornehmsten Vertreter, Cobden und Bright, von Manchester ins Unterhaus geschickt waren, und weil die „Schule“ eine Zeit lang in diesem Mittelpunkte der englischen Baumwollindustrie ihren Hauptsitz hatte.

entscheidenden Einfluß. Man sei eben bei Feststellung der Sätze nicht so ängstlich, man nehme einen Beitrag, den Jeder ohne Noth leisten kann, — stellt sich durch die Erfahrungen heraus, daß er zu hoch gegriffen ist, so hat die Mitgliedschaft jederzeit das Recht, dies zu ändern; dasselbe gilt im umgekehrten Falle, wenn die Beiträge sich als unzureichend erweisen sollten.

Betreffs der Wanderunterstützungsclassen haben wir ebenfalls, im Gegensatz zu dem Statut des Berliner Arbeiterkongresses, von einer zwangsweisen Einführung für alle Gewerke abgesehen. Wir sind der Meinung, daß durch die großartige Entwicklung einzelner Industriezweige am Sitze derselben eine Arbeiterbevölkerung groß gezogen (gezüchtet, wäre vielleicht richtiger) worden ist, die, an die Scholle gebunden, von der Wanderunterstützung gar keinen Gebrauch machen kann. In anderen Industriezweigen, wir denken hier abermals an die Weber, treten alljährlich monatelange Pausen ein, wo Alle den Wanderstab in die Hand zu nehmen hätten, wenn nicht die Familie und sonstige Verhältnisse, wenigstens die älteren Männer davon abhielten. Sollen da die zum Wandern Gezwungenen auf Kosten der selbst arbeits- und verdienstlos Dabeimstehenden leben? Wir glauben, letztere werden sich dafür bedanken.

So sehr die Wanderunterstützung bei dem Kleingewerbe, wo die Arbeiter zum größten Theil im jugendlichen Alter leben und das Wandern etwas Selbstverständliches ist, Nutzen stiften kann, so sehr wird sie sich bei der eigentlichen Fabrikbevölkerung, bei Bergleuten und Dergleichen als unausführbar herausstellen. Man trage also bei der Gründung von Gewerks-Genossenschaften den vorhandenen Bedürfnissen Rechnung und glaube nicht, daß nur dann etwas Ganzes gegründet werden könne, wenn man ohne Rücksicht auf die Stellung des einzelnen Gewerks Alle über einen Kamm scheidet.

Leipzig, den 30. November 1868.

### Der Vorort.

Bebel, Vorsitzender.

Wien. In unserer politischen Rundschau erwähnten wir der Auflösung der sozial-demokratischen Comité's; die Mitglieder desselben haben folgenden Aufruf erlassen:

„Volk von Wien!

Durch Erlass der Statthalterei vom 21. November ist das auf dem Wiener Arbeitertage bei Gelegenheit der Constitution der sozial-demokratischen Partei gewählte Comité aufgelöst worden. Das betreffende Dekret wurde gestern dem Comité mitgeteilt, worauf die Mitglieder desselben den Beschluß faßten, gegen diese Auflösung den Recurs zu ergreifen, im Uebrigen aber ihre Thätigkeit als Comité sofort einzustellen.

Wir waren bereits seit mehreren Tagen von den Maßnahmen, welche gegen uns vorbereitet wurden, unterrichtet, und wir hatten deshalb fortwährende Sitzungen, damit wir, als die vom Volke gewählten Vertrauensmänner, seine Aufträge einem Abchlusse entgegenführen könnten. Wir mußten zunächst bemüht sein, die ausgelegten Petitionsbogen bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechtes, der Pressfreiheit und des Wahlrechtes wieder zurückzuziehen und unseren in den Provinzen weilenden Agitatoren andere Instruktionen zukommen lassen. Wir können hierbei mit Genugthuung bekannt geben, daß die bis jetzt eingelangten Petitionsbogen bereits mit 32,570 Unterschriften bedeckt waren.

Mit Bedauern müssen wir jedoch konstatieren, daß durch die Auflösung des Comité's die große Manifestation des österreichischen Volkes zur Erlangung seiner zum Theil schon in Staatsgrundgesetzen garantirten freiheitlichen Rechte verhindert wurde und zwar erst nachdem dasselbe Comité bereits

durch mehrere Monate gewirkt hatte, ohne von der Behörde als ein nicht angemeldeter Verein angesehen und beanstandet zu werden.

Die von der Behörde getroffenen Verfügungen können jedoch nur die Personen treffen, niemals aber die heilige Sache, welcher wir unsere Kräfte geweiht haben. Der Geist der Freiheit, welcher durch ganz Europa weht, läßt sich nimmermehr unterdrücken, und wir sind überzeugt, daß er sich Geltung verschaffen wird. Den Feinden der Volks Sache aber, jenen Draganen, welche im Auftrage einer korruptirten Clique, sich benützen ließen, um Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die Führer der sozial-demokratischen Partei auszustreuen und namentlich dem klerikalen „Volksfreund“ und der offiziellen „Presse“, welche so brüderlich in die Posaune der Reaction geblasen haben, werden wir seiner Zeit in Frakturschrift antworten. Das intelligente Bürgerthum, welches so wacker zu uns gestanden, die vorurtheilsfreie Jugend und besonders die Männer der Arbeit, die uns schon seit langem kennen, und welche wissen, daß wir stets getreu unserer Lösung; Sieg oder Tod! auch mit dem Leben für die Prinzipien der Sozial-Demokratie einsehen werden: Sie Alle werden auch für die Folge treu zusammenhalten und nur solchen Männern ihr Vertrauen schenken, welche desselben wahrhaft würdig sind.

Es lebe die Freiheit! Es lebe die sozial-demokratische Partei!

Wien, 28. November 1868.

Im Namen der Mitglieder des aufgelösten sozial-demokratischen Comité's: Dr. Hippolyt Tauschinsky.

Zürich. Der hiesige deutsche Arbeiterbildungsverein hat an die deutschen Arbeiter hier und in der Umgebung einen Aufruf zum Eintritt in den Verein veröffentlicht, in dem es unter andern heißt:

Wir wollen, als Deutsche, die republikanische Umgestaltung und Einigung des Gesamtvaterlandes als ebenbürtiges Glied der europäischen Eidgenossenschaft mit direkter Gesetzgebung durch das Volk und freiem Selbstverwaltungsrecht in Gemeinde, Bezirk und Stammesgebiet.

Wir wollen als Arbeiter zunächst die Lösung der brennendsten sozialen Fragen: Aufhebung der stehenden Heere, Erhaltung aller Schulen durch den Staat, so daß es dem Ärmsten möglich ist, sich nach Maßgabe seiner Anlagen die höchstmögliche, auch wissenschaftliche Bildung anzueignen, damit der Arme nicht aus Mangel an Bildung zu ewigem Knechtsdienst verurtheilt sei, während auf der andern Seite die Wissenschaft in den Händen und im Dienst der Wohlhabenden und Reichen steht. Trennung der Kirche vom Staat, d. h. öffentliche Anerkennung des Grundsatzes, daß sowohl die Ausübung als auch die Bezahlung kirchlicher Gebräuche Sache Derer ist, welche ein Bedürfnis darnach haben und daß sie den Staat nichts angeht.

Wir wollen ferner nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und der Gesamthaftbarkeit die Gründung von Productivgenossenschaften vorbereiten und fördern, um an die Stelle des Arbeitslohnes den Arbeitsertrag zu setzen, daneben aber auch die Verhältnisse der Lohnarbeiter auf dem Wege des gütlichen Einverständnisses in Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitslohn zu verbessern suchen. Wir werden uns dabei stets von dem Grundsatz der Gerechtigkeit gegen Alle leiten lassen. Als bestes Mittel dazu betrachten wir die Organisation zu Gewerksgenossenschaften (Trades' unions) und werden deren Gründung zunächst im Schooße des Vereins vornehmen.

Nach einer Aufzählung alles dessen was der Verein seinen Mitgliedern bietet, heißt es weiter:

„Ohne im Entferntesten der freien Meinungsäußerung Schranken zu setzen, halten wir das Aufstellen von kommunistischen Systemen\* für einen unnötigen Vorgriff, da wir fest überzeugt sind, daß die nach uns Kommenden die Aufgaben ihrer Zeit gerade so gut oder wahrscheinlich noch besser erfassen werden als wir. Diejenigen Systeme aber, welche mit dem Gebahren eines alleinseligmachenden Glaubenssatzes an uns herantreten, werden wir stets auf das Entschiedenste zurückweisen.“

So wollen wir immer mehr und mehr den Gedanken der Selbstständigkeit und Menschenwürde unter den Arbeitern wecken und stärken und dadurch einen kleinen Theil beitragen zur Beredlung der ganzen Menschheit und zu dem künftigen Tempel besserer gesellschaftlicher und staatlicher Formen auf dem Fundamente der Gleichberechtigung Alles dessen, was Menschengeficht trägt.“

Der Schlußsatz lautet:

„Arbeiter vereinigt Euch mit uns und dadurch mit den Arbeitern der zivilisirten Welt unter dem Feldgeschrei:

Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit gegen Alle!“

**Nürnberg, 29. Nov.** Die Volksversammlung zur Beschlussfassung über eine Petition an die Abgeordneten-Kammer, betreffend das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, hat heute stattgefunden und war von 6—700 Personen besucht. Der schwache Besuch erklärt sich wohl durch das unfreundliche Wetter und dadurch, daß die Versammlung Vormittags abgehalten wurde, wo viele Arbeiter auch Sonntags arbeiten müssen. Bevor ich auf die Versammlung selbst zu sprechen komme, muß ich kurz über die Vorgänge im Komitee berichten. Die von Löwenstein (Fürth) verfaßte Petition wurde im Komitee einstimmig gutgeheißen. Bei der Frage, welcher Abgeordnete die Petition in der Kammer überreichen solle, schlug Rögner den gut demokratischen Abgeordneten Kolb vor. Mendel, welcher diesen Vorschlag als von einem Gegner ausgehend mit doppelter Genugthuung aufnahm, konnte sich nicht enthalten, einige Hiebe gegen Crämer (von Doos) auszuthun. Zwar verteidigten denselben die fortschrittlichen Mitglieder, aber dennoch wurde der Vorschlag Rögner's einstimmig angenommen. Im nationalliberalen Arbeiterverein, dessen Vorsteher Rögner ist, stieß indes sein Vorschlag auf lebhaften Widerspruch. Die ganze Partei komme in ein falsches Licht, hieß es, wenn man die Petition nicht durch Crämer, sondern durch Kolb einbringen lasse. Man mußte also auf einen Kampf in der Versammlung gefaßt sein. Diese wählte Rüll zu ihrem Vorsitzenden; Löwenstein war Referent. Buchdrucker Jäger und Fabrikarbeiter Hain befürworteten die Petition; gegen dieselbe trat Niemand auf, und so wurde sie einstimmig angenommen. Als es sich aber um den Vorschlag des Komitees handelte, dem Abg. Kolb die Petition zu übergeben, da trat der zweite Vorstand des Arbeitervereins, Fabrikant Jäger, auf und befürwortete die gemeinschaftliche Uebergabe durch Kolb und Crämer; ein anderes Mitglied desselben Vereins unterstützte ihn hierin. Mendel und Rüll erklärten sich dagegen, sie sagten, Kolb sei ein guter Demokrat, der schon oft für die Rechte der Arbeiter eingetreten sei; er habe auch bei dem Wahlgesez zum Zollparlament gegen jeden Censur gesprochen und gestimmt; damals hätten die Crämer, Fischer, Bölk, Barth und wie alle die Fortschrittshelden

heißen, kein Wort für das volle Wahlrecht der Arbeiter gehabt, jetzt brauche man sie auch nicht. Nach einer heftigen Debatte wurde dann der Vorschlag des Komitees, die Petition Kolb allein zu übergeben, gegen 20 bis 30 Stimmen angenommen. Darauf protestirte Jäger im Namen des Arbeitervereins, Turnlehrer Stark im Namen der Fortschrittspartei, und Rüll schloß die Versammlung. Rögner spielte bei diesen Vorgängen eine höchst klägliche Rolle; er blieb stumm, selbst als Jäger protestirte, und doch ist er Vorsitzender des Arbeitervereins!

(Die Petition an die Abgeordneten-Kammer werden wir in der nächsten Nummer bringen. D. Red.)

**Münchenbernsdorf.** Seit dem 1. November, wo Herr Bebel und Herr Notteler in unserm Ort Vorträge gehalten, ist unser Verein von 91 auf 150 Mitglieder gewachsen und noch nimmt die Zahl an jedem Vereinsabende zu. Einzelne scheiden natürlich auch aus, und zwar aus den verschiedensten Gründen. Der Eine thut's wegen seines Fabrikanten, der ihm bei der Anfrage um Arbeit antwortet: „Ihr habt doch einen Arbeiterverein in Münchenbernsdorf, laßt euch von dem beschäftigen.“ Der Andre hat eine ängstliche Frau, die ihn beständig zum Austritt drängt, denn man nennt uns Aufrührer, Aufwiegler u. s. w. Auch besteht hier eine Freimaurerloge, deren Mitglieder für das Großpreußenthum und den Bismarck völlig schwärmen und unsere hestigsten Gegner sind. Einer unserer Lehrer, auch ein Maurer, lobt und preißt uns in jeder Stunde den Arbeiterverein des Herrmanns-Wartenburg, sowie dessen „Norddeutsches Wochenblatt“ an. Doch haben wir ihm entschieden erklärt, daß unser Anschluß an den deutschen Arbeitervereinsverband unumstößlich feststehe. Wir sehen, wir haben mit großen Hindernissen zu kämpfen, doch werden wir treu zur Fahne halten. Das „Demokratische Wochenblatt“ wird in sieben Exemplaren gehalten; wäre der Verdienst nicht gar so traurig, es würde mehr gehalten, denn es gefällt uns allen. (Was über die Münchenbernsdorfer Freimaurerloge gesagt wird, überrascht uns nicht. Der Freimaurerorden spielt fast überall in Deutschland die dieselbe Rolle, die preussische Königsfamilie hat sich nicht umsonst an seine Spitze gestellt. Wir ermahnen unsere Parteigenossen zu schärfster Wachsamkeit.)

**Glauchau.** Montag den 23. Okt. hielt Herr Schumann aus Berlin eine Arbeiterversammlung ab um für die Schweizerischen Arbeiterschaften Propaganda zu machen. Er sprach über die sozialistischen Bestrebungen von 1789 und 1848, über Louis Blanc, die Lassallesche „Staatshilfe“ und die internationale Arbeiter-Association, bedauerte die Spaltung unter den Arbeitern, griff die Volkspartei an, die er des Partikularismus zieh und behauptete, die Herren Liebknecht und Bebel seien mit den Schweizerischen Genossenschaften und sogar mit der Spitze ganz einverstanden. Albert und Ulrich traten Schuhmanns Ausführungen über die Volkspartei und die Gewerkegenossenschaften mit Geschick und Nachdruck entgegen. Die Versammlung verlief ohne Resultat.

(Unsern Glauchauer Freunden sei bemerkt, daß am 24. Herr Schuhmann auch in der Magdeburger Versammlung und zwar gegen Dr. Hirsch und Bebel auftrat, und zwar sagte er dort Aehnliches gegen die Volkspartei. Als ihm aber darauf Bebel scharf antwortete erklärte Herr Schuhmann öffentlich vor der ganzen Versammlung, daß seine Ausföhrungen auf einem Mißverständnis beruhten und er sie ausdrücklich zurücknehme. Liebknechts und Bebels Stellung zu den Schweizerischen Arbeiterschaften ist hinlänglich aus der oben mitgetheilten Resolution ersichtlich.)

\*) Es bezieht sich dieß ohne Zweifel auf das unnütze Programm der Herren Bakunin und anderer russischer Menschheitsbeglückter, die es darauf angelegt zu haben scheinen, alte und unbestreitbare Wahrheiten durch die groteske Art der Aufstellung, zu Bogel'schen zu machen.

## Ein Republikaner über die Arbeiterfrage.

Am 5. November d. J. nahm der Züricher Verfassungsrath nach heftigen Debatten mit 124 gegen 31 Stimmen folgenden Verfassungsparagraphen an:

Art. 23. „Der Staat schützt und fördert auf dem Wege der Gesetzgebung das geistige und leibliche Wohl der arbeitenden Klassen und die Entwicklung des Genossenschaftswesens.“

Für den Antrag hatte mit besonderem Nachdruck und Talent der Landwehrhauptmann Karl Bürkli gesprochen. Wir lassen seine treffliche Rede vollständig folgen:

„Man hat große Befürchtungen über die finanzielle Tragweite des vorliegenden Artikels, der den Staat Hunderttausende kosten werde. Die Vertreter desselben betrachten ihn aber mehr so, daß der Staat einmal Farbe bekenne und beweise, daß er mit der sozialen Frage sympathisire und sie fest im Auge behalte. Es handelt sich da nicht um Staatshülfe à la Cassale, aber auch nicht die bloße Hinweisung auf Selbsthülfe à la Schulze-Delitsch ist genug; das wäre für die Kapitalisten und den Staat auch gar zu commod. Herr Stadtrath Landolt fragt jetzt ganz erstaunt, wer denn eigentlich diese Arbeiterklasse sei? Früher, in den Bierziger- und Fünfziger-Jahren, hat man dies sehr wohl gewußt; denn diese Arbeiterklasse ist gerade diejenige, gegen welche früher von den Freunden des Herrn Landolt ganz ausnahmsweise Extra-Gesetze erlassen worden sind, welche auf keine andere Klasse passen. So das Kommunisten- oder Maulkrattengesetz; so das Koalitionsgesetz. Wenn die Arbeiter zu einer Besprechung über ihre Lohnverhältnisse zusammengetreten sind, so hat man sie mit den Landjärgern auseinandergesagt, und, wenn ein paar Gefellen sich verabredeten, mehr Lohn von ihren Meistern zu verlangen, so sind sie über die Grenze spedirt worden, falls es Ausländer waren, und Kantonsbürger hat man in ihre Bezirke heimgeschickt. Solche Androhungen sind noch in den 1860er Jahren in einer Verordnung des Herrn Statthalter Kästli zu lesen, und das Alles ist trotz der Dreißigerverfassung, die vollständige Freiheit proklamirte, geschehen.“

Wir wollen mit unserm Artikel zweierlei, etwas Negatives und etwas Positives. Das Negative ist Abschaffung oder vielmehr Verbot solcher Ausnahmsgesetze und vollständige Freiheit für die Arbeiter gerade so gut wie für die Kapitalisten. Man fürchtet wohl, daß dann Strikes, d. h. Arbeitseinstellungen, entstehen könnten. Es ist richtig, daß diese nicht gerade gesund sind, sondern eine Art sozialer Krieg; aber dennoch kann man sie als den Vorhof der Assoziation betrachten, wo sich das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu entwickeln anfängt, und es sind schon tüchtige Produktivassoziationen aus ihnen entstanden, so diejenige von Rochdale und neuerdings in New-York diejenige der Maurer. Man will also künftig keine Extra-Gesetze mehr gegen die Lohnarbeiter.

Das Positive in dem Artikel ist gar nicht so erschreckend. Es werden keine Ausgaben aus der Staatskasse verlangt, und daher haben wir im Finanzexposé der staatswirthschaftlichen Kommission hierfür auch nichts angeführt. Die Arbeiter verlangen nur das, was die Bauern von der Kantonalbank auch fordern, nämlich Kredit. Die Bank kann hier den sogenannten moralischen Kredit in Anwendung bringen, in dem Sinne, daß wenn die Mitglieder der Produktiv-Genossen-

schaften solidarisch verbunden sind und für einander haften, diese Solidarität der Bank als Hypothek dient. Das hebt dann den Arbeiter auch moralisch, da ja eben auf seine Rechtmäßigkeit abgestellt wird, und das moralisirt ihn mehr als alles Predigen der Welt. Man fürchtet Verluste für die Bank, aber wo Arbeiterbanken bestehen, z. B. in Paris, da machen sie im Gegentheil recht gute Geschäfte. Die Produktiv-Genossenschaften werden keineswegs alle mit einander zu Grunde gehen, wenn auch vielleicht nicht alle mit einander gedeihen, denn dieser soziale Uebergang ist schwer, ja noch weit schwieriger als der politische Uebergang von der Monarchie zur Republik; allein nur die Assoziation kann aus der gewerblichen Anarchie heraushelfen, gerade wie aus der Monarchie nur die Republik. Es ist sich noch nicht Jedermann klar über die Wichtigkeit der Produktiv-Assoziationen, obgleich die Gelehrten unter sich so ziemlich einig sind, daß man nur auf diesem Wege in eine bessere Zukunft gelangt.

Jede große materielle Erfindung bringt auch große politische, religiöse und soziale Veränderungen mit sich. So hat die Erfindung des Pulvers das Raubritterwesen gebrochen und die moderne Staatenbildung ermöglicht; die Buchdruckerei hat die Reformation hervorgerufen, und bald nach Erfindung der ersten Dampfmaschine ist die französische Revolution ausgebrochen, welche den der Entwicklung des Dampfes entgegenstehenden Junsitzzwang abschaffte, und wenn auch nicht die so ersehnte politische, so doch die gewerbliche Freiheit ins Leben rief.

Der Dampf und all die zahllosen andern Erfindungen treiben unwiderstehlich zur Großindustrie hin, weil sich die Maschinen nur in der Massenproduktion vortheilhaft verwenden lassen. Das kleine Handwerk geht daher immer mehr zu Grunde, ihm bleibt nur noch die Flickarbeit; mancher kleine Meister wird fallit und muß beim großen Industriellen als Lohnarbeiter um Brod bitten.

Da entsteht nun die große, die soziale Frage, wie soll diese Großindustrie betrieben und geleitet werden. Soll sie monarchisch, d. h. von einem Einzigen oder nur einigen wenigen Kapitalisten geleitet werden, oder aber republikanisch, d. h. von allen Mitarbeitenden? Das ist die eigentliche Lebensfrage; denn auf sozialem wie auf politischem Gebiete handelt es sich um ein und dasselbe, nämlich um den Schritt aus der Monarchie in die Republik, d. h. aus der von Kapitalisten geleiteten Großindustrie in die von Arbeitern geleiteten Productiv-Assoziationen, wo der volle Arbeitsertrag an die Stelle des jetzigen kärglichen Arbeitslohnes tritt.

Heute steht das Kapital an der Spitze der Industrie, es befehlt wie ein Monarch und läßt sich dafür auch fürstlich bezahlen, d. h. heuet die Arbeit aus, der man so wenig Lohn als möglich giebt. So häuft sich auf der einen Seite das Kapital, auf der andern die Armuth, hier wenige Millionäre, dort massenhaftes Proletariat. Und da sich schließlich die Politik immer nach den sozialen Formen der Arbeit modelt, so muß naturgemäß die politische Form sich auch zum Cäsarismus zuspitzen. Wir treiben also einem industriellen Feudalwesen, einem modernen Mittelalter mit einer Art Leibeigenschaft oder kollektiver Sklaverei zu, aus dem nur eine soziale Revolution das arme Europa gründlich befreien kann.

Auch im Kanton Zürich haben wir ungefähr dieselben Gegensätze wie in den Monarchien, nur durch unsere republi-

kanischen Formen etwas gemildert. Ich erinnere mich noch sehr wohl, wie man uns in der Schule lehrte, daß die Republik mit Millionären und Proletariern nicht bestehen könne, und was für ein unglückliches Verhältniß z. B. in England existire mit seinen kolossalen Reichthümern in der Hand Weniger, und seiner Masse von Armen. Damals, anno 1830, hätte man sich darob gar nicht gewundert, wenn Einer, wie dies gestern im Vorsaal geschah, gesagt hätte, „wer mehr als eine Million hat, dem sollte eigentlich der Ueberfluß abgenommen werden“. Anno 1830 gab es eben bei uns noch keine Millionäre, seither aber ist's anders geworden. Unser industrieller Mechanismus hat bereits eine kleine Kompagnie von Millionären herausgearbeitet, aber leider hinter diesem glänzenden Generalstab marschiren gefesteten Hauptes wohlgezählt zehn Bataillone Falliten und hinter diesen noch weit mehr Arbeiterbataillone, die nicht wissen, wann sie es auch werden.

(Schluß folgt.)

### Internationale Arbeiter-Assoziation.

Rundschreiben des Centralomite's der Sektionsgruppe deutscher Sprache an die Sektionen und mitgenössischen Gesellschaften.

(Fortsetzung.)

Es versteht sich hierbei von selbst, daß wir für jene auf die Bourgeoisökonomie gegründeten Arbeiterproduktiv- und Konsumgenossenschaften, welche Form und Inhalt der heutigen Gesellschaft bloß oberflächlich berühren, und dabei, wenn auch nur im irrigen Glauben auf gutes Gelingen, ein konservatives für allgemeine Angelegenheiten gleichgültiges Element erzeugen, nur ein höchst untergeordnetes Interesse empfinden, und daß wir vornehmlich solchen, welche auf sozial-ökonomischer Grundlage fußen, die Aufmerksamkeit unserer Mitgenossen zulenken und unsere Wirkksamkeit zufügen. Um bei dem allgemeinen Drange der Arbeiter nach Kollektiv-Unternehmungen zu Genossenschaften lechterer Art Anregung und Anleitung zu geben, haben wir im „Vorboten“, Nr. 12, J. 1866, und Nr. 1, J. 1867, sachgemäße Statuten veröffentlicht. Als bald wurden auf dieselben von Steinmetzen in Zürich, Stahlarbeitern in Solingen, Bürstenbindern und Schuhmachern in Genf, sowie Cigarrenarbeitern in Murtten Produktivgenossenschaften gegründet, wie auch die genossenschaftliche Bewirthschaftung in unserem Gesellschaftshaus in Genf wesentlich nach den Grundrissen besagter Statuten geführt wird.

Vorläufig fassen wir hauptsächlich die genannten Stahl- und Cigarrenarbeitergenossenschaften in's Auge, weil diese ihren Betrieb mehr nach Außen richten müssen, größerer Kapitalanlage, kaufmännischer Kenntnisse, Erfahrung, Bekantschaften und Routine bedürfen und auf zahlreiche und hartnäckigere Hindernisse stoßen. Freilich haben sie als bald leider die bittere Erfahrung gemacht, daß ihnen die Handelswelt mit Abneigung und Mißtrauen begegnet und sich nur in ein Geschäft mit ihnen einläßt, wo man ihr außerordentliche Vortheile bietet. Der ganze merkantile Mechanismus, wie er sich im Laufe der Zeit ausgebildet, bleibt den Arbeitergenossenschaften sozusagen verschlossen. Haben ja Fabrikanten und Großhändler der hiesigen Schneider- und der Murtener Cigarrenarbeiter-Genossenschaften sogar gegen Baarzahlung Waarenlieferungen verweigert, weil die Herren befürchteten, ihre Bourgeoiskunden zu beleidigen und zu verlieren, sofern sie sich mit Arbeitern in ein Geschäft einließen. Noch mehr! Eines der Mitglieder der Solinger Genossenschaft gab sich, um dem Geschäft das nöthige Betriebskapital zu verschaffen, langem vergeblich alle Mühe, ein hypothekarisches Anleihen auf sein schuldenfreies Haus zu machen, denn sobald die

darauf schon eingegangenen H. Kapitalisten erfuhren, daß das Geld für eine Arbeiter-Genossenschaft verwendet werden sollte, zogen sie sich zurück, um mindestens nicht die Herren Fabrikanten des gleichen Artikels in Solingen und Umgegend zu kränken. So sieht es mit der Moral, der Menschen- oder gar christlichen Liebe der Bourgeoisie aus! So muß die Arbeiterklasse selbst unter günstigeren Verhältnissen bei Anwendung der friedlichsten und loyalsten Emanzipationsmittel sich noch vergeblich winden und krümmen, bis sie sich endlich durch die Wirklichkeit der Thatumstände, zum Leid und Leid der Geschichte, zur Ergreifung schärferer Rettungsmittel gezwungen sieht. Doch es giebt vielleicht noch einen wohlhabenden „Arbeiterfreund“, der unserer Solinger Genossenschaft gegen dreifache hypothekarische Sicherheit einige tausend Thaler vorschießt und somit (freilich wohlfeilen Kaufes) den Beweis liefert, daß zuweilen auch ein Reicher in das Himmelreich (der werththätigen Humanität kommen kann? Oder beruht wirklich alle Freundlichkeit glückbegüterter Herren für die Arbeiterbewegung nur auf platonischer Liebe, die, sobald man sie umfassen will, ausreißt und immer unfruchtbar bleibt?

Mit welcher Freude möchten wir eine Ausnahme registriren.

Inzwischen wollen wir uns jedoch an Regelmäßeres halten und sehen, was in den Arbeiterkreisen selbst geleistet werden kann.

Von unsern Genossenschaften werden laut oben erwähnten Statuten zur Erlangung der Lebensmittel keine Aktien zu Mitbestimmungsrecht und Gewinnantheil (Dividende), sondern bloß einfache, zur bestimmten Zeit rücklösbare Schuldscheine (Obligationen) ausgegeben. Die Solinger Genossenschaft bietet solche an, von 5—100 Thalern, zu 5 Proz. verzinslich, und zwar in solidarischer Haftbarkeit auf alles Gutsvermögen jedes ihrer Mitglieder, was einen Gesamtwert von etwa 15,000 Thalern vertritt. Ebenso verausgabte die Murtener Genossenschaft Schuldscheine zu 5 Franken auf dreijährige Rücklösungstermin, für welche Zeit der Zins zu 5 Proz. in Abzug gebracht wird und sie so gegen Fr. 4. 25 Cts. verabreicht werden. Auf der Rückseite derselben sind die betreffenden Artikel der Statuten abgedruckt wie folgt:

#### Bestimmung über Einlösung und Gewinnvertheilung.

Art. 9. Die Einlösung der Schuldscheine geschieht vom 3. Jahr an nach Maßgabe des jährlichen Reingewinnes und in der Reihenfolge öffentlicher Verloosung.

Art. 21. Die Verwendung und Anlegung des Reinertrages geschieht wie folgt:

- Erhält die Centralkasse der Internationalen Arbeiter-Assoziation 5 Prozent als Zuschuß, laut Art. 7 und 9 der Centralstatuten.
- Der sich nach diesem Abzug ergebende Betrag wird in 3 gleiche Theile getheilt. Der erste Drittheil ist zur Einlösung der Schuldscheine bestimmt. Ist diese Schuld getilgt, so wird die eine Hälfte dieses Drittheils zur Anlage eines untheilbaren Kapitalstockes und zu unveräußerlichem Gemeingut verwendet, und kann nur zur Erweiterung des Etablissements oder zur Gründung neuer auf gleichen Prinzipien beruhender Arbeiter-Produktivgenossenschaften benutzt werden. Die zweite Hälfte wird zur Propaganda für allgemeine Emanzipation der Arbeiterklasse verwendet.
- Der zweite Drittheil wird zur Bildung eines Reservefonds angelegt, und hat den Zweck, die Berufsgenossen vor allen Beschwerden sicher zu stellen.
- Der dritte Drittheil wird zur Hülfskasse verwendet, welche den Zweck hat, gemeinnützige und wohlthätige Werke für Arbeiter zu gründen oder zu unterstützen, und auch einzelnen Mitgenossen in Nothfällen Hülf zu leisten.

Beim jährlichen Inventar muß nebst den Mitgenossen auch eine Kommission von den Schuldschein-Inhabern zugegen sein; desgleichen ist ein Schuldschein-Inhaber als am Geschäft Unbetheiligter zur Ueberwachung des Ganzen im Verwaltungsrath thätig, und wird die Rücklösung der Schuldscheine und der Geschäftsbericht jedes Jahr im „Vorboten“ veröffentlicht.

(Schluß folgt.)